

## **Die Oder-Neiße-Grenze – eine Folge des vom Hitlerfaschismus entfesselten Zweiten Weltkrieges**

Zu den tiefgreifendsten Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges für das deutsche Volk – Millionen von Deutschen verloren ihre angestammte Heimat samt Hab und Gut – gehörte die Nachkriegsgrenzziehung zwischen Deutschland und Polen entlang der Oder und der Lausitzer Neiße. Erstes Opfer des nazistischen Vernichtungskrieges wurde Polen. Es verlor für fünf Jahre seine staatliche Existenz und ein Viertel seiner Menschen. Geschunden durch diesen gleichen industriell betriebenen Vernichtungskrieg wurden die Völker und weite Territorien der Sowjetunion. Zwangsläufig ging daraus das sowjetische Westverschiebungskonzept des künftigen Polens hervor, durchgesetzt von Stalin auf der Konferenz von Jalta Anfang Februar 1945. Es folgte im Potsdamer Abkommen, beschlossen am 2. August 1945, die Festlegung, „die Gebiete östlich der Oder und entlang der westlichen Neiße sowie das Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen und nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone zu betrachten“. Die Zustimmung zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung und deren Überführung nach Deutschland bezeugt, dass es sich bei dieser Grenzziehung offenkundig um eine endgültige Regelung handelte, beim Abschluss eines Friedensvertrages lediglich noch zu bestätigen.

Mit der doppelten deutschen Staatsgründung 1949 wurde von westlicher Seite her die Oder-Neiße-Grenze zu einem ständigen Gegenstand des Kalten Krieges stilisiert.

Mit dem Besuch einer Delegation der Provisorischen Regierung der DDR in Warschau am 5. und 6. Juni 1950 war der Prozess der Normalisierung der Beziehungen beider Nachbarstaaten eingeleitet worden. Eine gemeinsame Deklaration über freundschaftliche Beziehungen und über die Markierung der Oder-Neiße-Linie wurde unterzeichnet. Dem folgte am 6. Juli 1950 die Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens durch die Ministerpräsidenten der DDR und der VR Polen, Otto Grotewohl und Josef Cyrankiewicz, in Zgorzelec. Die Oder-Neiße-Grenze wurde für unantastbar erklärt.

Dagegen legten am 13. Juni 1950 alle Fraktionen des Bundestages – mit Ausnahme der KPD – in Bonn in einer gemeinsamen Erklärung Rechtsverwahrung ein. Propagandistisch wurden von nun an faktisch die DDR und die SED für den Verlust der deutschen Ostgebiete verantwortlich gemacht. Vertriebenen- und Heimatverbände fungierten dabei mit revanchistischer Politik als antisowjetische und antkommunistische Speerspitze, weidlich unterstützt durch die von den Unionsparteien geführten Bundesregierung.

Im Rahmen der Konzipierung der neuen Ostpolitik wagte die von Willy Brandt geführte Bundesregierung eine vorsichtige Anerkennung der Nachkriegsgrenzen. Brandt, dem Unionspolitiker Verrat an der deutschen Nation vorwarfen, argumentierte, dass mit seiner Ostpolitik „nichts verloren geht, was nicht schon vorher verspielt worden war“ – nämlich durch den verbrecherischen Angriffskrieg Hitlers im Osten. In dem am 7. Dezember 1970, dem Tag des Kniefalls Brandts vor dem Warschauer Mahnmahl, von der BRD und Polen unterzeichneten Warschauer Vertrag wurden zwar die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie festgeschrieben, doch durch einen „Briefwechsel zur deutschen Einheit“ dahingehend relativiert, dass die völkerrechtliche Regelung erst mit einer gesamtdeutschen Regierung möglich wäre.

Bei der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag am 17. bzw. 19. Mai 1972 kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen SPD-Regierung und Opposition. Der Großteil der CDU/CSU-Abgeordneten enthielt sich der Stimme. Zu den Hauptstreitpunkten zählte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Grenze.

Zur uneingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze durch die BRD kam es erst am 12. September 1990 bei der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages in Moskau durch die Regierungen der alliierten Mächte und der beiden deutschen Staaten. Ohne die BRD-Unterschrift wäre die Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit nicht zu haben gewesen.

In bundesdeutschen Medien wird häufig der Eindruck erweckt, die Gestaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk hätte sich erst ab 1990 entwickelt. Zutreffend ist, dass die DDR bereits seit 1950 für die Entwicklung deutsch-polnischer Freundschaft gewirkt hat und auf diesem Gebiet echte Pionierarbeit für das heutige Deutschland geleistet hat – eingedenk dessen, dass die deutschen Ostgebiete ausschließlich durch den faschistischen Raubkrieg verspielt wurden.

Winfried Steffen